



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/260 - 20.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

| | |
|---|------|
| Abwicklungsgeschäfte | S. 1 |
| Der neue Wirtschaftskurs im sowjetischen Block | S. 3 |
| Plumpe Fälschungen der SEP | S. 5 |
| Schweizer Stimme zur Diskussion innerhalb der SPD | S. 6 |

Wo bleibt das ehemalige Reichsvermögen ?

(sp) Es ist an der Zeit, die Liquidation des ehemaligen Reichsvermögens und auch die Liquidationsorgane selbst einer näheren Betrachtung zu unterziehen, die dem Bundesfinanzministerium, sowie der Kontrolle des Bundesrechnungshofes, unterstehen, einer parlamentarischen Kontrolle aber nicht unterworfen sind. Manches scheint sich hier im Dunkeln abzuspielden, was den steuerzahlenden Bürger durchaus interessieren könnte.

Bekanntlich hat das Naziregime mit dem Zusammenbruch im Jahre 1945 nicht nur ungeheure Schulden hinterlassen, sondern auch eine große Zahl von Vermögenswerten verschiedenster Art. Im wesentlichen handelt es sich hier um eigens für Rüstungszwecke errichtete reichseigene Produktionsstätten, wozu in starkem Maße auch Einrichtungen der Flugzeugproduktion gehören. Nach dem Kriege wurden nun Abwicklungstellen geschaffen, denen die Liquidation der nicht mehr lebensfähigen Betriebe des Reiches - sowie auch des aufgelösten Preußens - übertragen wurde. Andere Stellen wiederum hatten die Umgliederung und Verwaltung verbliebener Unternehmen zur Aufgabe.

Mit dem Sitz in Berlin entstand eine Stelle, die sich vornehmlich mit der Liquidation des verbliebenen Teiles des "Rüstungs- und Industriekontors Berlin" befaßte, dem die kriegswichtigen Unternehmen der "Organisation Speer" angehörten.

Diese Abwicklungsstelle arbeitet seit Jahren mit etwa 30 Mann Personal und finanziert sich mit dem Liquidationserlös - also nicht aus dem Steueraufkommen, immerhin aber aus dem Vermögen des Bundes.

Man sollte nun meinen, daß die Aufgaben einer solchen Einrichtung eines Tages erledigt und sie selbst "liquidiert" worden würde. Damit ist aber offenbar nicht zu rechnen, denn vor etwa zwei Jahren wurde der Berliner Stelle auf Initiative des Bundesfinanzministeriums noch zusätzlich eine Zentralstelle mit dem Sitz in Bonn übergeordnet, die der Berliner Stelle weder Aufgaben abnahm noch vom Bundesfinanzministerium nennenswerte neue Aufgaben zugewiesen erhielt. Die Bonner Zentralinstanz erhielt den Namen "Industrie-Beteiligungsgesellschaft m.b.H." und zwei Geschäftsführer, von denen einer der damals gerade stellungs- und vermögenslose Rudolf Graf Westarp und der andere der Neffe des Herrn Bundeskanzlers, Kurt Adenauer, war. Beide beziehen ein horrendes Gehalt und "liquidieren" in Form von Reisespesen noch zusätzlich beträchtliche Summen.

Was diese Bonner Gesellschaft zur Liquidation von ehemaligem Reichsvermögen nun erst interessant macht, ist die Tatsache, daß die praktische Tätigkeit in diesem Büro so gut wie Null ist. Eine wirksame Kontrolle durch das Ministerium ist allem Anschein aber auch nicht vorhanden, denn - wie uns berichtet wird - hat bereits vor einem Jahr von kompetenter Seite ein Hinweis auf die mangelnde Tätigkeit keinen Erfolg gezeitigt. Wofür existiert dieser Scheinbetrieb also?

Hat man Kurt Adenauer und Graf Westarp lediglich eine gutdotierte Position verschaffen wollten? Fest steht, daß beide keine Fachleute auf diesem Gebiet sind und bis dahin von den Aufgaben der "Industrie-Beteiligungsgesellschaft" und der Berliner Stelle keine Ahnung hatten.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß des Bundeskanzlers Neffe die Pfründe dazu benutzt hat, um seine wirtschaftliche Basis zu verbessern, in dem er sich an der bei Kassel neugegründeten "Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke G.m.b.H." beteiligt hat und zum kaufmännischen Geschäftsführer avancierte. Zweifellos dürfte die deutsche Luftfahrtindustrie bei Wiedereinführung des deutschen Luftverkehrs eine starke Geschäftsbelebung erwarten. Die Familie Adenauer ist aber auch in der "Deutschen Gesellschaft für Luftverkehrsbedarf" in Köln vertreten; diese Firma soll für eine neue deutsche Lufthansa den gesamten Bedarf an Maschinen und Ausrüstungen beschaffen. Erst vor kurzem erhöhte sie ihr Stammkapital um ein Vielfaches.

Die Liquidation und Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens läßt bei Betrachtung der Verhältnisse bei der "Industrie-Beteiligungsgesellschaft" den Verdacht aufkommen, daß hier bereits eine Reprivatisierung bundeseigener Unternehmungen vorgenommen wird, die bekanntlich seit langem mit großer Lautstärke von der Regierungskoalition gefordert wird - zunächst noch gegen den Widerstand des Bundesfinanzministers.

+ + +

"Veränderung der Natur" muß der Verbesserung
des Lebensstandards weichen

Schon zu Lebzeiten Stalins hat sich gezeigt, daß in der Sowjetunion die bisherige Wehrwirtschaftspolitik und die bisherige Forcierung der Schwerindustrie mit einem tiefgehenden wirtschaftlichen Fiasko endeten. Dieser Kurs erzeugte einen so armselig niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung, daß gerade er die weiteren stalinistischen Wehrwirtschaftspläne besonders schwer lähmte. So wurde der Rückzug des Kremls vom bisherigen Wirtschaftskurs unerlässlich und zwar für den gesamten sowjetischen Block.

Bevorzugte Leichtindustrie

Außer der Umbildung der sowjetischen Regierung, durch die sechs neue Ministerien entstanden sind, wurden Reorganisations-Maßnahmen in der Wirtschaft getroffen, die wichtigsten in der Schwerindustrie selbst. Am 9. Oktober dieses Jahres erschien in der "Prawda" ein Leitartikel über die "Schwere Aufgabe der Arbeiter der Schwerindustrie". Während bis jetzt die wichtigste Aufgabe in diesem Bereich die Belieferung der Kriegsindustrie (was die sowjetische Presse nicht mitteilen durfte) und der sogenannten "stalinistischen Großbauten zur Veränderung der Natur" (worüber fast tagtäglich geschrieben wurde) war, liegt nunmehr das ganze Schwergewicht auf der Belieferung der Leichtindustrie. Unter diesem seltsamen Begriff der "Veränderung der Natur" versteht man die großzügige Korrektur von Flußläufen und die Anpflanzung von großen Wäldern auf versteppten Gebieten. Natürlich stoßen Bestellungen der Leichtindustrie auf Schwierigkeiten der bisherigen Produktionsorganisation in der Schwerindustrie, die bisher völlig auf die Serienproduktion in der Rüstung und die speziellen Bauten eingestellt war. Die sowjetische Presse veröffentlichte kürzlich die gesamten Verzeichnisse der Betriebe der Leicht- und Konsumwarenindustrie, die auf die sofortige Hilfe der Schwerindustrie warten. Gleichzeitig sind Nachrichten aus der Sowjetunion eingelaufen, wonach fast alle sogenannten "Bauten für die Veränderung der Natur" nahezu völlig eingestellt worden sind.

Die Satelliten folgen

Die Aufgabe der bisherigen Forcierung der Schwerindustrie und eine radikale Änderung der Produktionspläne sind keine nur sowjetische Erscheinung, auch aus den Satellitenländern kamen vor kurzem Nachrichten gleichen oder ähnlichen Inhaltes. Seit Juli dieses Jahres sind in Rumänien alle Arbeiter, die bei dem Bau des Donau-Schwarzmeerkanales beschäftigt waren, entlassen worden, die Zwangsarbeiter, mit deren Hilfe dieser Kanal gebaut wurde, sind verschiedenen Kleinbetrieben zugeweiht worden. Auch in Ungarn sind im Spätsommer dieses Jahres radikale Maßnahmen getroffen worden, über 50 Prozent der Hochöfen sind dort abgeblasen worden mit der Begründung, daß die Kohle von jetzt ab dem Transport und der Leichtindustrie dienen müsse. Die sensationellste Nachricht jedoch kam aus der Slowakei, wo alle Arbeiter in dem riesigen Kombinat bei Kaschice, HUGO genannt, seit dem Sommer dieses Jahres völlig eingestellt worden sind. Das HUGO setzt sich aus Hunderten verschiedener Betriebe zusammen, die zum großen Teil bereits fertig eingerichtet waren und nun unausgenutzt bleiben. Dieses Kombinat, das mit größten finanziellen und menschlichen Anstrengungen seit 1949 gebaut wird, sollte die wichtigste Basis für die völlige Änderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Slowakei werden.

Aber auch in China, wo eine Schwerindustrie fast noch vollkommen fehlt, ist ein Kurs in Richtung auf die verstärkte Berücksichtigung der Leichtindustrie festzustellen. In der Pekingener Zeitung "People's China" Nr. 15 dieses Jahres konnte man lesen, daß auch die Chinesen bestrebt sind, eine unabhängige Leichtindustrie aufzubauen und daß sie die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung als ein sofortiges Ziel ihrer Wirtschaftsbemühungen aufstellen.

Schließlich verkündete die sowjetische Regierung im Oktober neben den entsprechenden Maßnahmen in der Agrarproduktion und folgenden Preisherabsetzungen in wichtigen Lebensmitteln, daß Eisschränke, Waschmaschinen, Staubsauger, Nähmaschinen, Möbel und Rundfunkgeräte in verstärktem Ausmaß an die Stadtbevölkerung geliefert werden sollten. Die Planzahlen für fast alle Konsumwaren wurden enorm erhöht. Wieviel davon Wirklichkeit werden wird, ist eine ganz andere Frage.

Boris Lowitzkyj

+ + +

Die Lügenküche von Pankow

(sp) Seit Mitte Oktober spukt in der SED-Pressc mit ihren westdeutschen Ablegern à la Wirth ein angebliches Geheimmemorandum der Bank Deutscher Länder herum. Man weiß es diesmal ganz genau. Ende September habe das Direktorium einen Bericht über die Lage in der Bundesrepublik und der Sowjetzone entgegengenommen. Wegen seiner Bedeutung sei dieser Vortrag in nur wenigen Exemplaren als Memorandum an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, Jakob Kaiser u.a. "Spitzenpersönlichkeiten in Bonn" verschickt worden.

"Für Eingeweihte bestimmt, werden hier offen die großen Fortschritte eingestanden, die in der Deutschen Demokratischen Republik erzielt worden sind". So schreibt es das "Neue Deutschland" vom 13. Oktober. Das "Neue Deutschland" wieder will es vom Deutschlandsender haben... als ob es darauf ankäme. Man schwelgt in Zitaten über die Fortschritte der Sowjetzone im Vergleich zur Bundesrepublik, wobei man freilich nach wie vor auf den alten Trick zurückgreifen muß, die HO-Ereise und die aufrechterhaltene Rationierung zu unterschlagen, durch deren Berücksichtigung erst ein echtes Bild der wahren Lebenshaltungskosten in der Sowjetzone entsteht. Was das Frappierendste dieser Zitate ist: Jedes ein Ergebnis Ulbrichtscher Sprachregelung. Bis in die Spitzen westdeutscher Konzerne sollte also das SED-Parteilehrjahr ge-fruchtet haben ?

Alle Zitate und Kommentare aber können nichts an der Tatsache ändern, daß es sich dabei um eine glatte Erfindung der kommunistischen Propaganda handelt. Das angebliche Geheimmemorandum erweist sich als eine Fälschung, an der nicht ein Quentchen Wahrheit ist. Nicht - wie sonst üblich - beschränkt man sich darauf, Sätze aus dem Zusammenhang zu reißen, diesmal lügt man von A bis Z. In Wirklichkeit hat weder der angebliche Vortrag stattgefunden, noch gibt es auch nur ein Exemplar des angeblichen Memorandums. Die angeblichen Zitate erweisen sich als Aalfeihen aus einer kommunistischen Zitatenkiste.

Immerhin greift auch in der kommunistischen Propagandazentrale die Erkenntnis um sich, wie wirkungslos ihre eigenen Bemühungen geblieben sind und bleiben müssen. Um den eigenen Parolen über den

sogenannten neuen Kurs mehr Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu sichern, bedient man sich jetzt des größeren Kredits westdeutscher Stellen, die der SED behilflich sein sollen. Das Goebbelssche Rezept hat sich freilich in der Hand der Propagandisten des Ulbricht-Kurses als nicht glücklich erwiesen. Die "Deutsche Volkszeitung" Wirths brauchte 14 Tage, um die vorhandenen Skrupel zu überwinden, ehe sie die Fälschung gegen besseres Wissen veröffentlichte. Selbst die "Prawda" brauchte vier Wochen, um sich an das heiße Eisen eines Vergleichs zwischen Ost und West zu wagen. Und das sagt genug.

+ + +

Das Rad der Zeit

Die seit längerer Zeit in der SPD geführte Diskussion über die Fortentwicklung der sozialistischen Zielsetzung findet auch im Ausland eine große Beachtung. Die "Berner Tagwacht", ein führendes Organ der schweizerischen Sozialdemokratie, bemerkt u.a. dazu:

"Keine Partei kann sich dem Einfluß des gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Geschehens entziehen, dessen Zeuge unsere Generation ist. Wer nicht zweckmäßig in die Speichen greift, um das Rad der Zeit vorwärtszuärchen, läuft Gefahr, von diesem erdrückt zu werden. Dessen gilt es sich zu erinuern, da zurzeit verschiedene nationale sozialdemokratische Parteien versuchen, ihr Programm nach den Notwendigkeiten der Gegenwart auszurichten. Wenn sie in der Beurteilung der hierfür notwendigen Reformen nicht von allem Anfang an Einstimmigkeit zu erreichen vermögen, so ist das keinesfalls ein Zeichen der Schwäche, sondern nur der Beweis demokratischer Willensbildung in ihren Reihen. Und gelangen auch die einzelnen Landesparteien in der Beurteilung der Weltlage nicht zwangsweise zu nämlichen Schlüssen, so wird damit nur ihre Autonomie unterstrichen, ohne daß damit der internationale Charakter der Gesamtbewegung irgendwie infrage gestellt würde.

Es sind daher völlig verfehlt Spekulationen, wenn bürgerliche Blätter an solche Erscheinungen die Hoffnung knüpfen, die europäischen sozialistischen Parteien könnten ihre Prinzipien unter dem Eindruck der neuesten Entwicklungen über Bord werfen. Da hat Erich Ollenhauer, Dr. Schumachers Nachfolger, von notwendigen "Auflockerungen der SPD" gesprochen und von der Notwendigkeit für die deutschen Sozialdemokraten, "im Sinne des großen Theoretikers Karl Marx zu untersuchen,

welche neuen Aufgaben ihnen die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung stellt". Obwohl er sofort beifügte, die SPD werde ihr sozialistisches Programm nicht preisgeben, auch wenn sie nicht stur und dogmatisch in allem am alten festhalte, konstruieren die Gegner daraus eine Abkehr von der "Irrlehre" Marxens. Als ob der große sozialistische Theoretiker heute, siebzig Jahre nach seinem Tode, nicht selbst die sich aus der geschichtlichen Entwicklung aufdrängenden Korrekturen anbringen würde, wenn er noch lebte !

Die Sozialistenfresser sind zu spät aufgestanden, um mit solchen Kommentaren zur Neuorientierung sozialistischer Parteien die beabsichtigte Begräbnisstimmung auszulösen. Weder in Deutschland noch in andern Ländern ist nämlich die neue Zielsetzung der sozialdemokratischen Parteien eine Folge des wechselnden Wahlglücks im Kampf um die Staatsführung. Die aus dem Geschehen in der SPD so viel Unheil für unsere Bewegung voraussagen, täten gut, sich der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom Jahre 1951 zu erinnern, die in einer Deklaration über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus viel tiefer greifende Erkenntnisse zusammenfaßte. Dort fanden sie weit gewichtigere Abweichungen vom dogmatischen Sozialismus als in den Erklärungen der Spitzenleute der SPD.

Wer sich die Mühe nimmt, diese Deklaration nachzulesen, versteht indessen sofort, warum der Grabgesang nicht vor zwei Jahren erklang: Der Kongreß der Sozialistischen Internationale erklärte oben die Gründe zur neuen Marschroute weit einlässlicher als die knappen und teilweise entstellten Meldungen über die Äußerungen führender deutscher Sozialdemokraten. Er hob vor aller Welt das geheimsame Ziel hervor, das alle Sozialisten einigt, ob sie ihre Überzeugung "aus marxistisch oder anders begründeten sozialen Analysen, aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten": Eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens. Wenn die deutschen Sozialdemokraten nach bitteren Erfahrungen trotz unbestreitbaren Zuwachses ihrer Gefolgschaft heute nach neuen Methoden suchen, um dieses Ziel zu erreichen, so beweisen sie damit bestenfalls, daß sie die Zeichen der Zeit verstehen. Uns scheint sogar, niemand hätte mehr Anlaß, sich darob zu freuen, als die Völker, die wiederholt die Folgen jener Staatsführung höchst unangenehm zu spüren bekommen, der die deutschen Sozialisten mit ihren Genossen in andern Ländern opponieren".